

Politiker sagen ja zum Griechenland-Paket

CDU-Abgeordnete für Region begründen wortreich ihre Zustimmung

VON OLIVER HACH

Freiberg. 22 Milliarden Euro Kredite für Griechenland – das Thema bewegt die Nation, am Stammtisch wie im Bundestag. In Mittelsachsen meinen viele Bürger: Jetzt ist Schluss. So fragt etwa die „Freie Presse“-Leserin Angelika Hörner aus Striegistal: „Wie kann unsere Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann diese Scheckbuchdiplomatie mit ihrem Gewissen vereinbaren?“



„Notfalls muss die Währungsunion aufgekündigt werden.“

Veronika Bellmann
–FOTO: PF

Gestern Mittag kam die Stunde der Wahrheit im Berliner Reichstag. 390 von 601 anwesenden Abgeordneten stimmten mit „ja“, darunter auch Veronika Bellmann aus Eppendorf. „Ich habe notgedrungen zugestimmt“, sagte die CDU-Politikerin der „Freien Presse“ und versicherte: „Für weitere solche Aktionen würde ich meine Stimme nicht mehr geben.“ Bellmanns Hauptargument für das Ja: Man brauche eine Einheitsfront, um Finanzspekulant

Handwerk zu legen. Ausschlaggebend sei für sie ein Entschließungsantrag (also eine Absichtserklärung)



„Es ist von einer Reihe schlechter Varianten die beste.“

Marco Wanderwitz
–FOTO: A. KRETSCHEL/ARCHIV

gewesen, mit dem ein erster Schritt zur Regulierung der Finanzmärkte unternommen wird. Bellmanns Statement klang in weiten Teilen wie die Begründung für ein Nein. Es dürfe keine Pipeline von Deutschland in notleidende Staaten verlegt werden, sagte sie. Und: „Notfalls muss eine Wirtschafts- und Währungsunion aufgekündigt werden.“

Ihr Parteikollege Marco Wanderwitz, der die Region Rochlitz vertritt, hatte bereits am Morgen eine zweiseitige schriftliche Erklärung an die Presse übermittelt. Darin zeichnet er ein europäisches Katastrophenszenario für den Fall, dass Deutschland die Hilfe verweigert. Dies zu verhindern, habe ihn zur Zustimmung veranlasst, als letztes Mittel. „Es ist von einer Reihe schlechter Varianten nach meiner Überzeugung die beste“, meinte Wanderwitz.